

Mit der Befragung von 5.542 Haushalten im Landkreis Sömmerda wurden die Meinungen, Weiterentwicklungsideen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Monaten erhoben. Für ihre Unterstützung ist den 1.115 Haushalten, die sich an der Durchführung dieser Studie beteiligten, ein Dank auszusprechen. Der Rücklauf entsprach einem, mit den in der Sozialwissenschaft üblichen Werten verglichen, gutem Ergebnis von 20,1 %. Auch die Arbeitgeber im Landkreis Sömmerda wurden um ihre Meinung gebeten. Den 43 Antwortenden möchten wir ebenso danken.

Ziel der Untersuchung war es, die Bedarfe der Menschen in Sömmerda im Hinblick auf die folgenden Themenfelder abzubilden und als Grundlage für die Weiterentwicklung von Angeboten zu nutzen. Hierzu wurde eine Zufallsstichprobe aus allen Haushalten gezogen und um die Beantwortung von Fragen zu den Handlungsfeldern des neuen Thüringer Landesprogrammes „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ gebeten. Dabei wurde ein Schwerpunkt auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelegt.

Der Fragebogen enthielt die folgenden Themenkomplexe:

- Wohnumfeld und Lebensqualität
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Mobilität
- Beratung, Unterstützung und Information

Wohnumfeld und Lebensqualität

Sehr positiv bewerten die Befragten ihr Gefühl in Bezug auf ihren Wohnort. Dabei konnten der konkrete Ort sowie der Landkreis insgesamt bewertet werden. Es geben mehr als drei Viertel der Befragten an, sowohl im Landkreis als auch in ihrem Wohnort gerne zu leben. Die Zufriedenheit mit dem Wohnort ist dabei sogar noch etwas höher. Ob jemand auf einem Dorf oder in der Stadt lebt, hat keinen Einfluss darauf, ob er gerne im Landkreis lebt.

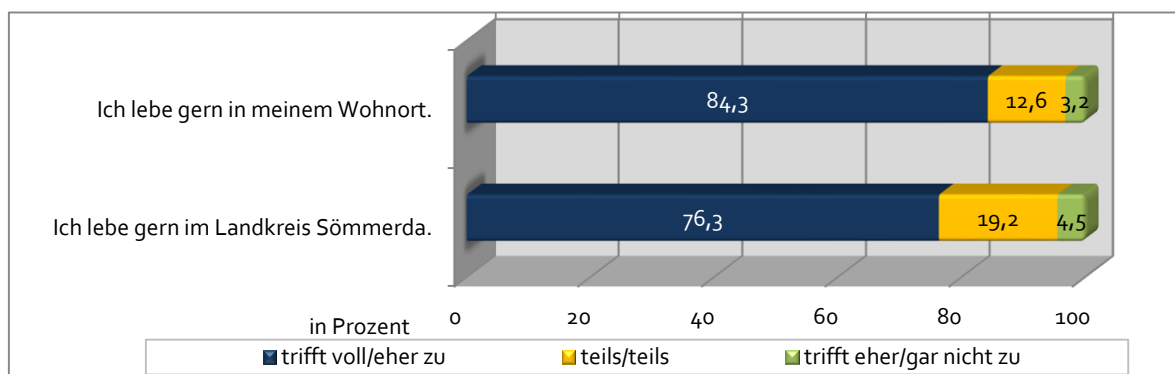


Abbildung 1 Zufriedenheit mit dem Wohnort (n=1.056 - 1.105)

Deutliche Unterschiede in der Bewertung der Frage, ob man gerne am eigenen Wohnort bzw. im Landkreis lebt, zeigen sich abhängig davon, ob Befragte die Familienfreundlichkeit hoch oder niedrig einschätzen. Befragte, die den Landkreis als wenig bis gar nicht familienfreundlich bewerten, geben auch deutlich seltener an, gern in ihrem Wohnort oder Söm-

merda zu leben. Damit liegt nahe, dass die Bewertung der Familienfreundlichkeit einen Einfluss auf die Bewertung der Lebensqualität des eigenen Wohnortes und des Landkreises Sömmerda hat. Die Unterschiede in den Zustimmungsqoten liegen hier zwischen 20 und 30 Prozentpunkten. Ebenso ist ein Faktor bei der Bewertung, ob die Befragten alleinerziehend sind oder nicht. Alleinerziehende geben deutlich seltener an, gerne in ihrem Wohnort oder dem Landkreis Sömmerda zu leben, als Nicht-Alleinerziehende.¹

Weitere Angaben zum eigenen Wohnumfeld zeigen, dass insgesamt eine hohe Zufriedenheit mit der eigenen Wohnsituation vorliegt. Auch die Kontakte in die Nachbarschaft bewerten die Mehrheit der Befragten als gut. Vergleichsweise wenige Befragte sehen in ihrer Umgebung ausreichend Tagespflegeplätze für pflegebedürftige Menschen. Auch die Sicherheit der Schulwege wird von einem nicht unerheblichen Anteil der Befragten in Zweifel gezogen.

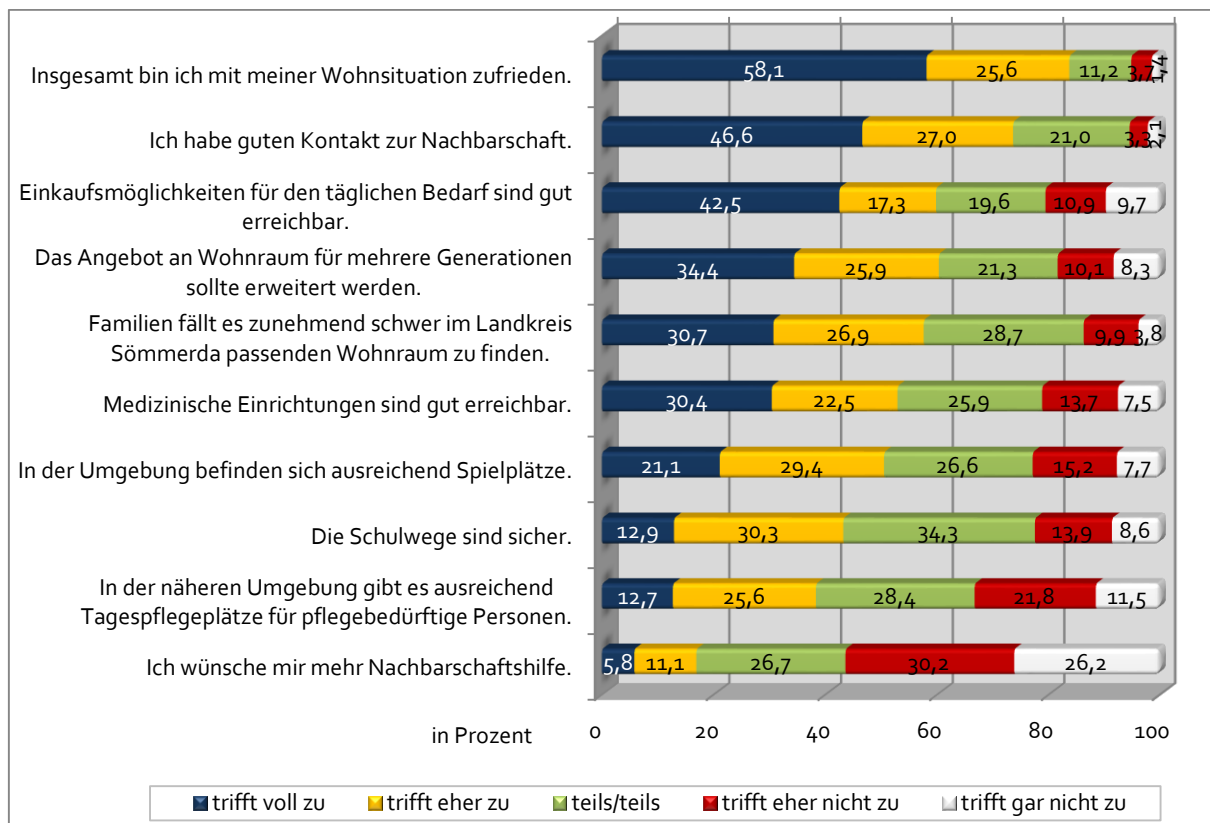


Abbildung 2 Wohnumfeld und Lebensqualität (n= 733 - 1.092)

Die wichtigsten Gründe für die Entscheidung, im Landkreis wohnen zu bleiben, sind Freunde und Familie in der Region zu haben. Ebenfalls als wichtig bewertet wird eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Gründe mit der geringsten Zustimmung sind „Berufliche Entwicklungsmöglichkeiten“, „Ausreichendes Wohnangebot/ Bauplätze“ und „Ausreichend Angebot für barrierefreien Wohnraum“. Wobei auch hier mehr als ein Drittel diese Gründe als wichtig ansieht, um sich für einen Verbleib in der Region Sömmerda zu entscheiden.

¹ In Aussagen zu Alleinerziehenden muss bedacht werden, dass vergleichsweise wenige Befragte mit diesem Merkmal erreicht wurden, sodass die Aussagen nur als Tendenz gewertet werden können. Eine allgemeine Gültigkeit kann aufgrund der Datenlage nicht für die Gruppe angenommen werden.

Wie wichtig sind für Sie folgende Gründe bei der Entscheidung im Landkreis Sömmerda zu bleiben und nicht weg zu ziehen?



Abbildung 3 Gründe für den Landkreis Sömmerda

Mit 60,3 % gibt die Mehrheit der Befragten an, in einem Dorf zu leben. Knapp 40 % leben hingegen in einer Stadt. Besonders Mehrpersonenhaushalte mit Minderjährigen leben in einem Dorf (68,3 %). Dagegen geben dies nur 35,5 % der Einpersonenhaushalte an. Zudem sind auf dem Dorf mehr Haushalte verortet, in denen ausschließlich Personen leben, die über 67 Jahre alt sind oder Altersrente beziehen². Liegt der Arbeitsort der Befragten im Landkreis Sömmerda, leben diese häufiger in einer Stadt im Landkreis. Pendeln Befragte für ihre Arbeit außerhalb des Landkreises leben 71,6 % in einem Dorf. Erwartungsgemäß ist der Anteil der Befragten, die in Eigentum leben (Haus oder Eigentumswohnung) auf dem Dorf deutlich höher als in der Stadt.

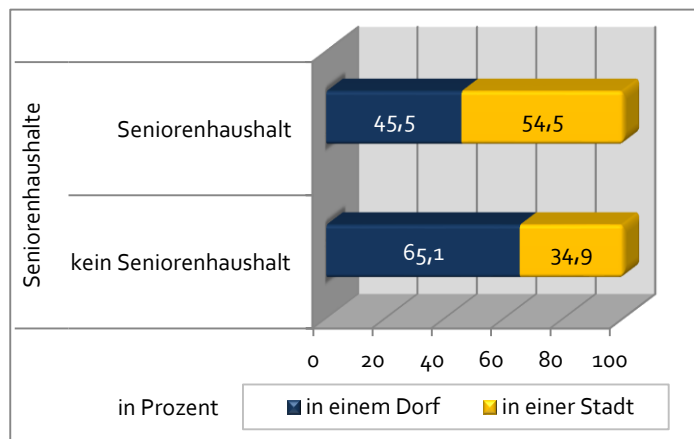


Abbildung 4 Lebensmittelpunkt und Seniorenhaushalt (n=882)

Für alle Befragten zeigt sich, dass etwa drei Viertel von ihnen in Eigentum leben. Lediglich 23 % wohnen zum Zeitpunkt der Befragung zur Miete. Personen, die alleinerziehend sind, nicht in fester Partnerschaft leben, ein geringes Bildungsniveau aufweisen oder ein geringes Äquivalenzeinkommen³ zur Verfügung haben, wohnen häufiger zur Miete als ihre Ver-

² im weiteren Verlauf „Seniorenhaushalte“ genannt

³ Das Äquivalenzeinkommen dient der Messung und dem Vergleich der Wohlstandsposition. Es ist als ein Pro-Kopf-Einkommen zu verstehen, welches auf der Annahme basiert, dass das Einkommen im Haushaltszusammenhang verbraucht wird. Durch gemeinsames Wirtschaften werden Einsparungseffekte erzielt (z. B. durch gemeinsam genutzten Wohnraum, beim Energieverbrauch pro Kopf und bei Haushaltsanschaffungen).

gleichsgruppe. In der vorliegenden Befragung liegt das Äquivalenzeinkommen bei der Mehrheit der Befragten zwischen 900€ und 2.500€ (68,5 %).

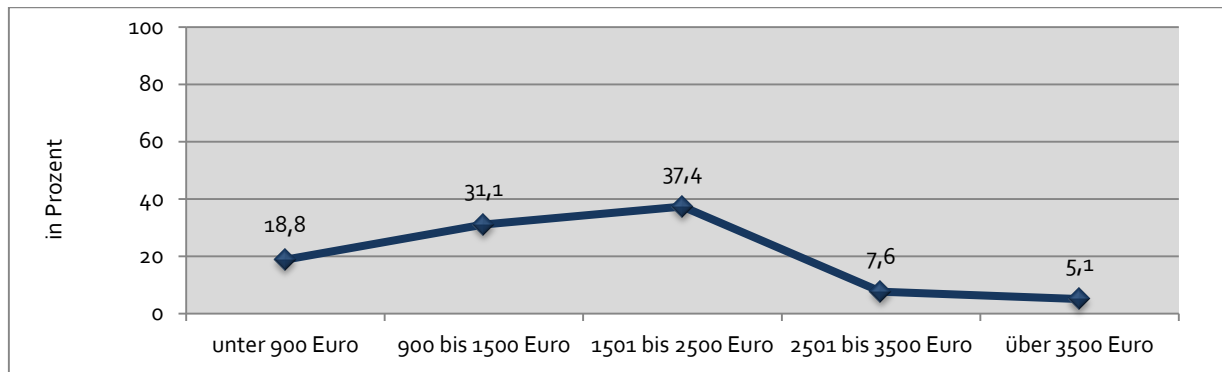


Abbildung 5 Nettoäquivalenzeinkommen (n=1.025)

Das Äquivalenzeinkommen ist deutlich niedriger, wenn sich Befragte in bestimmten Lebensumständen befinden. So zeigt sich, dass Haushalte mit drei und mehr Kindern deutlich häufiger ein geringeres Haushaltsnettoeinkommen angeben. Während Haushalte mit einem oder zwei Kindern nahezu identische Äquivalenzeinkommen angeben, verorten sich Befragte mit mehr Kindern am häufigsten bei 900€ bis 1.500€.

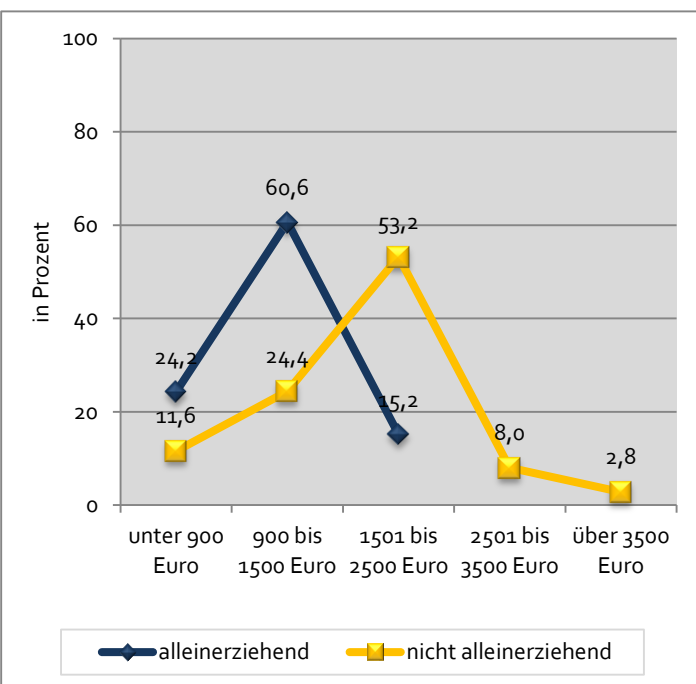


Abbildung 6 Äquivalenzeinkommen und Alleinerziehende (n= 283)

Weitere Unterschiede lassen sich bei Senioren- und Akademikerhaushalten⁴ erkennen. Seniorenhaushalte und Nicht-Akademikerhaushalte geben dabei geringere Nettoäquivalenzeinkommen an. Mit steigendem Bildungsniveau stehen den Befragten im Schnitt höhere Einkommen zur Verfügung. Auch wenn Personen im Haushalt leben, die regelmäßig Hilfe benötigen oder sogar einen Pflegegrad haben, weichen die Angaben des zur Verfügung stehenden Geldes ab. So verorten sich diese Befragten häufiger in den unteren Einkommensklassen. Am deutlichsten wird dieser finanzielle Unterschied bei der Betrachtung der Alleinerziehenden.

Alleinerziehende haben deutlich weniger Geld zur Verfügung als Befragte mit Kindern, die nicht alleinerziehend sind. Mit den Angaben der Befragten zu ihren Haushaltseinkommen lassen sich auch Aussagen zum Thema Armutsgefährdung treffen. Die Armutsgefährdungsschwelle wird – dem EU-Standard entsprechend – bei 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen angenommen. Zur Ermittlung des Medians der Äquivalenzeinkommen wird zu-

⁴ Akademikerhaushalte bezeichnen Haushalte, in denen die volljährigen Personen alle einen Hochschulabschluss besitzen, die Angaben wurden vom Befragten und dem Partner erhoben.

nächst jeder Person eine Äquivalenzklasse zugewiesen. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medianwerts. Dieser beträgt 1.527,78 Euro, die Armutsgefährdungsschwelle liegt also bei $\frac{1.527,78 \cdot 60}{100}$. Dies ergibt einen Wert von 916,67 €. Alle Personen, deren Haushaltsnettoeinkommen in einer Einkommensklasse liegen, deren Obergrenze kleiner ist als die haushaltsspezifische Armutsgefährdungsschwelle, werden als „armutsgefährdet“ eingestuft. Alle Personen mit Klassenuntergrenzen oberhalb der Armutsgefährdungsschwelle werden dagegen als „nicht armutsgefährdet“ eingestuft. Im vorliegenden Datensatz ist die Armutsschwelle mit 916,68 € geringer als im Bundesdurchschnitt (999€) und ähnlich dem des Freistaats Thüringen (904€). 22,1 % aller Personen, die in den befragten Haushalten leben, sind armutsgefährdet, wenn der Bundesmedian als Vergleichsgröße herangezogen wird⁵. Nimmt man den Thüringer Median an, leben 19,4 % Personen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle.

Für das Wohnen geben knapp 60 % der Befragten bis zu 30 % ihres Haushaltseinkommens aus. 10,8 % müssen über die Hälfte ihres monatlichen Einkommens für Wohnkosten aufwenden. Im Mittel geben die Befragten 32 % für das Wohnen aus.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Was den Landkreis Sömmerda angeht, sprechen ihm die Befragten eine hohe Familienfreundlichkeit zu. 73,2 % der Befragten geben an, dass der Landkreis eher bis sehr familienfreundlich ist. In der genaueren Betrachtung einzelner Gruppen und deren Einschätzung sind folgende Befragte etwas weniger von der Familienfreundlichkeit des Landkreises überzeugt als die Vergleichsgruppen:

- Mehrpersonenhaushalte mit Minderjährigen (65,5 % vs. 78,6 %)
- Nicht-Seniorenhushalte (71,4 % vs. 79,4 %)
- Nicht-Akademikerhaushalte (71,8 % vs. 80,6 %)
- Befragte mit geringem Bildungsniveau (62,7 % vs. 75,7 %)
- Befragte, die mit ihrem Haushaltseinkommen relativ bis sehr schlecht zurechtkommen (54,6 % vs. 78,3 %)

Zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit im eigenen Wohnumfeld konnten die Befragten Vorschläge und Anregungen äußern. Dabei wurden unterschiedlichste Themen wie der Ausbau der Freizeit- und Sportangebote, Mobilität, Wohnen, Unterstützung von Familien, Leistungen der Lokalpolitik, die Nahversorgung oder Nachbarschaftlichkeit angesprochen. Insbesondere die Erweiterung der Freizeit- und Sportangebote für Kinder und Jugendliche sowie die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs beschäftigt die Befragten. Konkrete Vorschläge und Ideen reichen dabei von der Schaffung von Treffpunkten für Jugendliche, über Freizeitangebote, die über Fußball spielen und Jugendfeuerwehr hinausgehen, bis hin zu kulturellen Angeboten für Familien. Auch die bessere Anbindung einzelner Orte sowie regelmäßiger Busverbindungen und ein Ausbau der Radwege sind Themen, die

⁵ In der Armutsforschung ist es üblich den Bundesmedian für die Berechnungen heranzuziehen.

viele Befragte ansprechen. Angesichts der Tatsache, dass 86,7 % der Befragten im Landkreis das Fahrrad zumindest ab und zu nutzen (35,3 % „häufig“), ist das Thema entsprechend oft benannt. Verkehrsmittel wie der Bus oder der Zug sind dagegen für nur jeden 13. Befragten ein häufiges Bewegungsmittel im Alltag. Betrachtet man die Aussagen zum ÖPNV zeigt sich auch hier die Anbindung einzelner Orte als nicht zufriedenstellend. Besonders für ältere Bewohner/innen auf den Dörfern ist ein regelmäßiger Busverkehr wichtig. Betrachtet man die Angaben zur Barrierefreiheit des Nahverkehrs zeigt sich, dass auch hier noch Verbesserungspotential besteht.

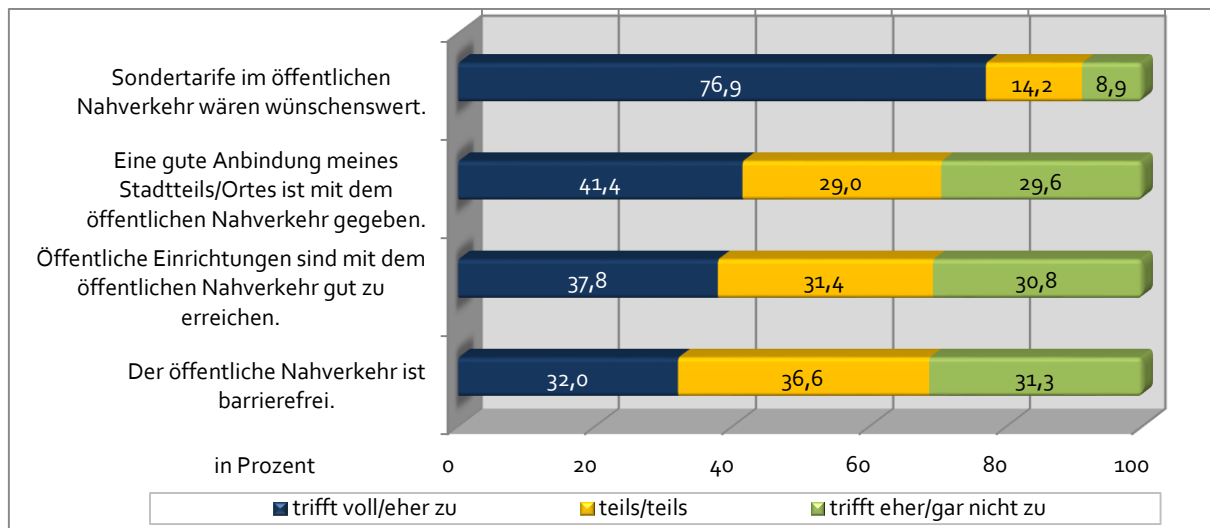


Abbildung 7 Aussagen zum öffentlichen Nahverkehr (n=571-970)

Wird die persönliche Situation betrachtet, zeigt sich, dass sich etwas mehr als ein Drittel der Befragten wünschen, die Herausforderungen zwischen Familie und Beruf besser meistern zu können. Für 22,8 % besteht in diesem Punkt kein Bedarf. Besonders Befragte, die mit Minderjährigen im Haushalt leben, ist der Wunsch nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf erkennbar. Hinzu kommt ein Anstieg, je mehr Kinder im Haushalt leben. Weiterhin zeigt sich eine Verknüpfung mit dem Bildungsgrad der Befragten. Im Vergleich zwischen Akademiker- und Nicht-Akademikerhaushalten wird deutlich, dass sich Nicht-Akademikerhaushalte häufiger eine bessere Vereinbarkeit wünschen (26,8 % vs. 38,8 %). Befragte mit einem geringen Bildungsniveau unterscheiden sich ebenfalls in dieser Frage von denen mit mittleren und hohen Bildungsniveaus. Auch hier ist mit sinkendem Bildungsgrad ein stärkerer Wunsch nach einer besseren Vereinbarkeit zu erkennen. Darüber hinaus wünschen sich Personen mit geringerem Haushaltsnettoeinkommen deutlich häufiger, die Herausforderungen zwischen Familie und Beruf besser meistern zu können, als Befragte mit höherem Einkommen. Damit geht

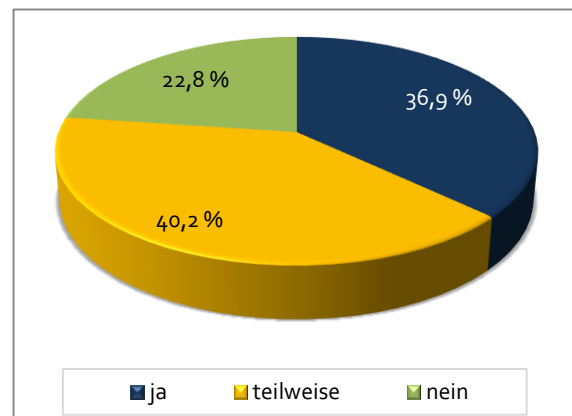


Abbildung 8 Ich wünsche mir, die Herausforderungen zwischen Familie und Beruf besser meistern zu können. (n=604)

einher, dass das Zurechtkommen mit dem eigenen Einkommen diesen Wunsch beeinflusst. Während 32,2 % der Befragten, die sehr bis relativ gut mit ihrem Einkommen zurechtkommen, sich eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wünschen, sind es in der Vergleichsgruppe derjenigen, die relativ bis sehr schlecht zurechtkommen, schon 57,3 %.

Beantworteten die Befragten die Aussage mit „ja“ oder „teilweise“, konnten sie zusätzlich angeben, welche Gründe es für ihren Wunsch nach besserer Vereinbarkeit gibt. Über die Hälfte der Befragten sehen lange Wegezeiten, die eigenen Arbeitszeiten sowie die Erschöpfung vom Arbeitsalltag als Grund. In der folgenden Grafik sind die Antworten der Kategorie „stimme voll/eher zu“ abgebildet.

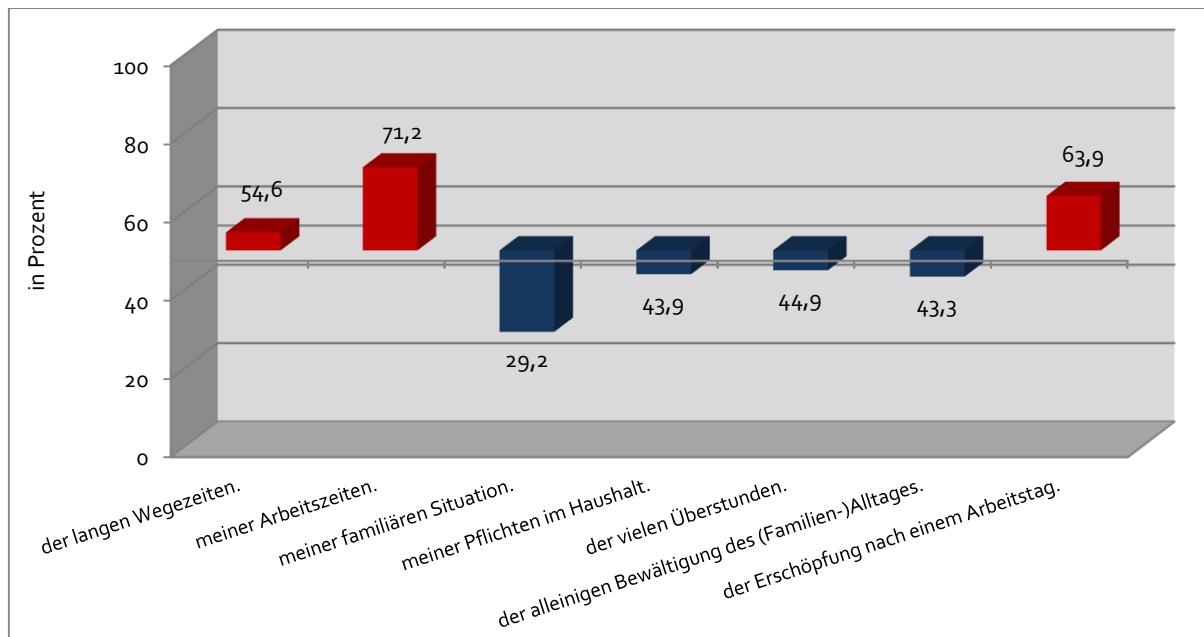


Abbildung 9 Warum lassen sich Familie, Beruf und Freizeit für Sie kaum vereinen? (n=261-379)

Nicht-alleinerziehende Personen stimmen den Aussagen, dass die Arbeitszeiten und/oder die vielen Überstunden die Vereinbarkeit erschweren, häufiger zu, als alleinerziehende Personen. Alleinerziehende Personen stimmen dagegen deutlich häufiger der Aussage zu, dass die Erschöpfung nach einem Arbeitstag die Vereinbarkeit erschwert, als nicht-alleinerziehende Personen (78,3 % vs. 59,5 %). Ein Zusammenhang zeigt sich zwischen dem Bildungsgrad der Befragten und den berufsbezogenen Gründen. Die Gründe „meine Arbeitszeit“, „viele Überstunden“ und „Erschöpfung nach einem Arbeitstag“ werden mit steigendem Bildungsniveau immer seltener ausgewählt.

Im nächsten Schritt konnten die Beteiligten angeben, auf welche Möglichkeiten sie bei der Bewältigung des Familienalltages bereits zurückgreifen und welche Angebote sie dabei noch unterstützen könnten. Deutlich wird, dass die Mehrheit der Befragten auf die Unterstützung von Familienmitgliedern oder Bekannten bei der Kinderbetreuung zurückgreifen kann. Beim Thema Pflege und familiäre Unterstützung geben dies weit weniger Befragte an (49,0 %). Mehr als drei Viertel der Befragten äußern den Wunsch nach mehr schulischen Ganztagesangeboten in den Klassenstufen 5. bis 7. Auch die Erweiterung der Angebote für

erwerbstätige, pflegende Personen erhält mit 64,1 % von der Mehrheit der Befragten Zustimmung.

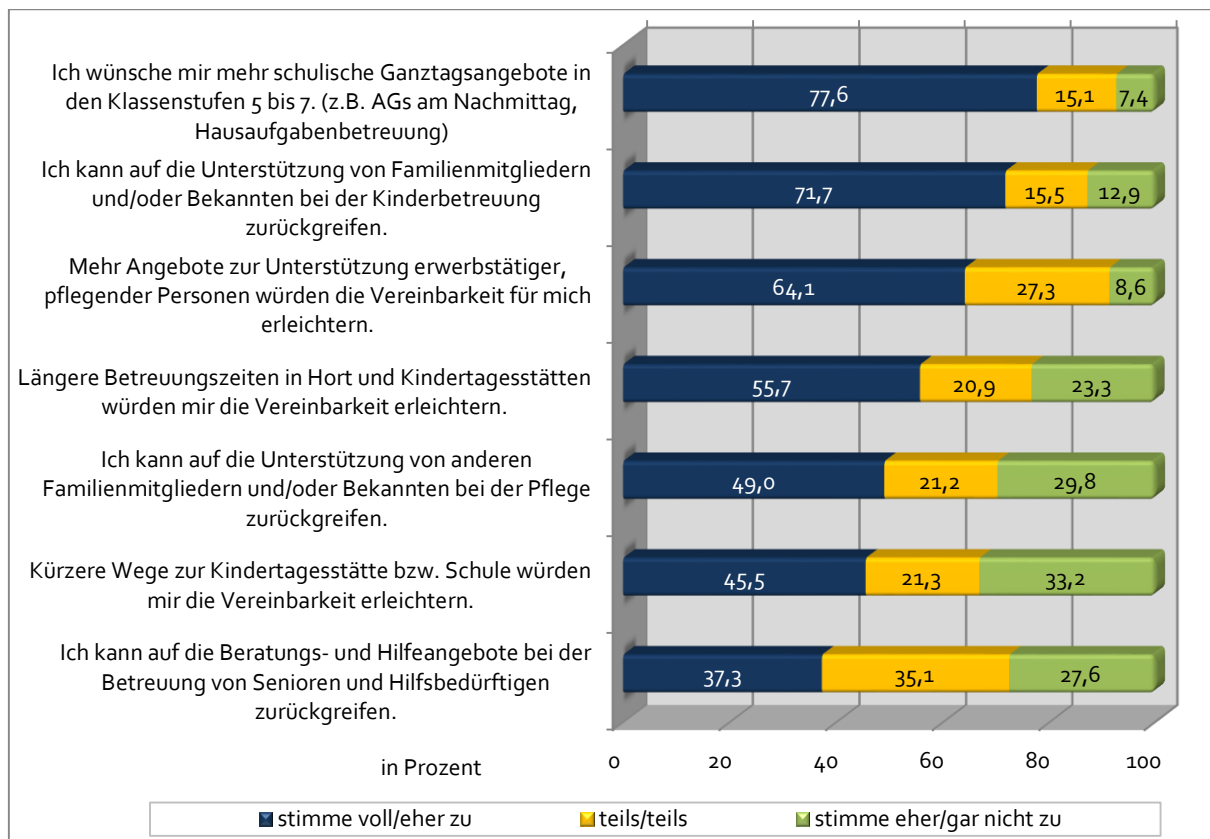


Abbildung 10 Vereinbarkeit von Familie und Beruf (n=134-381)

Im Fragekomplex zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf rückt auch die Einschätzung des

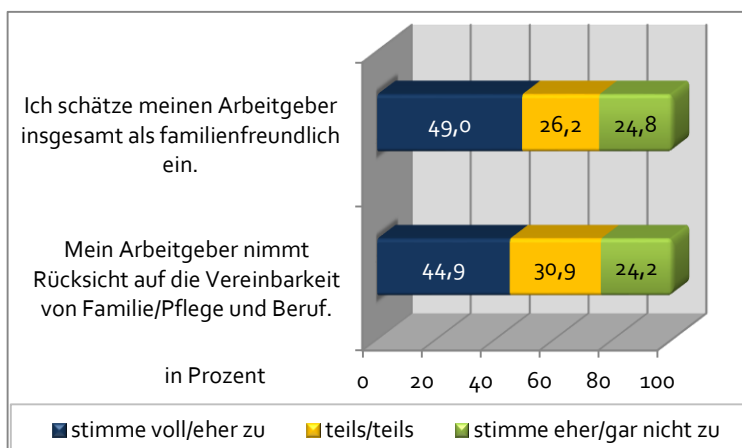


Abbildung 11 Einschätzung des eigenen Arbeitgebers (n=566-577)

eigenen Arbeitgebers in den Blickpunkt. Etwas weniger als die Hälfte sagen hierbei, dass sie ihren Arbeitgeber als familienfreundlich einschätzen. Noch etwas geringer fällt die Zustimmung zu der Aussage „Mein Arbeitgeber nimmt Rücksicht auf die Vereinbarkeit von Familie/Pflege und Beruf“ aus. Mit steigendem Bildungsniveau werden die beiden Aussagen tendenziell positiver bewertet.

36,7 % der Befragten mit geringen Bildungsniveau stehen dabei 49,8 % mit hohem Bildungsgrad gegenüber, wenn es um die Rücksichtnahme des Arbeitgebers geht. Arbeiten die Befragten außerhalb des Landkreises sind sie von der Familienfreundlichkeit sowie der Rücksichtnahme ihres Arbeitgebers auf die Vereinbarkeit weniger überzeugt, als im Landkreis Arbeitende.

Konkret nach Angeboten des Arbeitgebers zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefragt, äußern 34,0 %, dass sie Einarbeitungsprogramme nach der Elternzeit oder Pflege angeboten bekommen. Weniger als jeder neunte Befragte gibt an (stimme voll/eher zu), dass der eigene Arbeitgeber

- eine Kindertagesstätte betreibt bzw. Betreuungsplätze reserviert für die Kinder der Mitarbeiter/innen.
- an Schließtagen von Kita und Schule Möglichkeiten der Kinderbetreuung anbietet.

15,3 % werden zudem vom Arbeitgeber über die Möglichkeiten als Arbeitnehmer beim Thema Pflege informiert. Weitere 12,7 % stimmen dieser Aussage teilweise zu. Die gleiche Verteilung trifft auf die Aussage zu, ob Familientage für die Mitarbeiter/innen organisiert werden. 63 % stimmen dem gar nicht zu, weitere 9,3 % stimmen eher nicht zu.

Die Mehrheit der Befragten würde gern die wöchentliche Arbeitszeit verringern, kann dies aber aus finanziellen Gründen nicht umsetzen. Werden Alleinerziehende in Unterscheidung zu Nicht-Alleinerziehenden betrachtet, stimmen diese häufiger der Aussage zu (72,4% vs. 62,8%). Mit steigender Anzahl der Kinder im Haushalt ist die finanzielle Komponente ein stärkerer Grund, die wöchentliche Arbeitszeit nicht zu verringern. Nicht-Akademikerhaushalte stimmen auch deutlich häufiger dieser Aussage zu als Akademikerhaushalte (49,0 % vs. 62,9 %). Weniger als die Hälfte aller Befragten geben an, dass ihr Arbeitgeber eine flexible Arbeitszeitgestaltung ermöglicht oder Besprechungen und Termine familienfreundlich ansetzt.

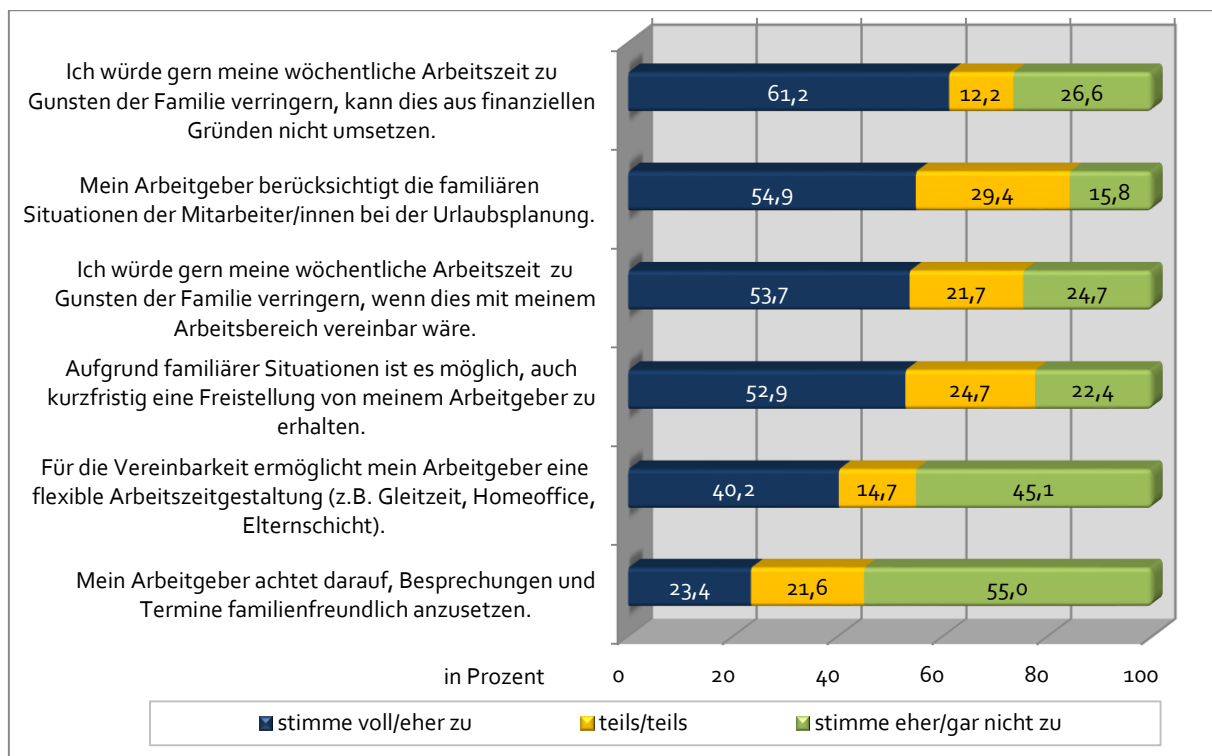


Abbildung 12 Familienfreundlichkeit und Arbeitgeber (n=397-558)

Beratung, Unterstützung und Information

Von den gefragten Beratungs- und Unterstützungsangeboten ist die Schwangerenberatung am bekanntesten. 61,5 % geben an, diese zu kennen. Zudem kennen über die Hälfte der Befragten die Pflegeberatung, die Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatung sowie die Schuldnerberatung. Am wenigsten bekannt unter den gefragten Stellen sind die „ehrenamtliche Begleitung von Senioren“ (33,5 %), die Seniorenberatung (35,7 %) und die Migrationsberatung (34,9%). Betrachtet man die Nutzung der Beratungs- und Unterstützungsangebote, erhält die Schwangerenberatung auch den höchsten Zustimmungswert. Darauf folgt die Beratung für Menschen mit Behinderungen (19,8 %) und die Pflegeberatung (18,8 %).

Die Befragten konnten weiterhin angeben, wie und durch wen sie sich hauptsächlich zu Angeboten für Familien im Landkreis informieren. Das Amtsblatt beziehungsweise die (Tages-)Zeitung sind mit 73,6 % die am häufigsten genutzte Informationsquelle. Viele Befragte informieren sich auch über Freunde und Familie sowie das Internet beziehungsweise ihr Smartphone. In den offenen Antwortfeldern wurden zudem noch Aushänge und Auslagen, Hebammen oder Vereine und Verbände (z.B. die Kirche) benannt.

Nutzen Befragte bisher keine Beratungs- oder Unterstützungsangebote ist mit 82,7 % der häufigste Grund „Es besteht kein Beratungs- oder Unterstützungsbedarf“. "Ich weiß nicht, was es dort für Angebote gibt" folgt mit 17,9 % als zweithäufigster Grund. "Die Angebote sind nicht attraktiv" und "Die Einrichtungen haben einen schlechten Ruf" sind jeweils von weniger als 5 % der Befragten gewählt worden. Alleinerziehende geben gegenüber Nicht-Alleinerziehenden häufiger an, dass sie keine Zeit haben und nicht wissen, was es dort für Angebote gibt. Nicht-Alleinerziehende geben häufiger an, dass kein Beratungs- oder Unterstützungsbedarf besteht.

Neben den bestehenden Angeboten gab es die Möglichkeit, fehlende Angebote zu benennen. Dabei wurde sowohl nach Themen, als auch nach Zielgruppen gefragt. Am häufigsten wurden hier Jugendliche und ältere Menschen genannt, gefolgt von Kindern und Menschen mit Behinderungen oder Krankheit. Auch bei den Themenvorschlägen sind Gesundheit und Krankheit sowie Familie und Erziehung häufig genannte Kategorien.